

Prio-Swiss-Beschwerde: «Schritt in die absolut falsche Richtung»

In einer Stellungnahme äussert sich der Einsiedler Arzt und SP-Kantonsrat Antoine Chaix kritisch gegenüber der Beschwerde von Prio Swiss über die Schwyzer Spitalplanung.

eva. «Die Beschwerde von Prio Swiss über die Schwyzer Spitalplanung erschreckt mich und ist ein Schritt in die absolut falsche Richtung», schreibt Chaix. Dass der Kanton Schwyz mit drei Spitälern, wie sie aktuell funktionieren, nicht optimal bedient sei, werde allen Akteuren zunehmend klar. Das sei eine Entwicklung, die anhand zweier Postulate gut darstellbar sei.

So sei sein Postulat «Verantwortung übernehmen in der Spitalplanung», das er am 30. November 2023 eingereicht habe und bei dem es genau um die Analyse der möglichen Doppelspurigkeiten und der Optimierung der Zusammenarbeit gegangen wäre, im Kantonsrat noch chancenlos gewesen. Das letzte Postulat über die Analyse und potenzielle Förderung der interkantonalen Zusammenarbeit im stationären Spitalbereich sei am 16. April einstimmig angenommen worden, erinnert Chaix.

«Alles andere als eine konstruktive Zusammenarbeit»
Dabei sei dies nur ein Teil des Potenzials einer Optimierung der Spitallandschaft. Aber es zeige, dass ein (überfälliger und vielleicht zu später) Gesinnungswandel im Kantonsrat stattgefunden habe. Eingriffe in die exe-



Arzt und Kantonsrat Antoine Chaix: «Wenn dieser Schritt von Erfolg gekrönt würde, dann wäre ein gefährlicher Schritt weiter in Richtung des Krankenkassendiktats getan.»
Foto: Eugen von Arb

kutive Souveränität der Spitäler, die früher unantastbar schien, seien jetzt erlaubt und seines Erachtens auch nötig, um aus der aktuell tatsächlich nicht idealen Situation herauszukommen, meint der Arzt.

«Dass nun die Krankenkassen juristisch gegen die Spitalplanung vorgehen, ist allerdings ein völlig falscher Weg und alles andere als eine konstruktive Zusammenarbeit. Der neue, übermächtige Verein lässt nun seine finanziellen und juristischen Muskeln spielen (die notabene über unsere Prämien ermöglicht werden), kritisiert Chaix.

Dabei liege der Verdacht nahe, dass mit dem Kanton Schwyz versucht werde, ein Exempel zu statuieren. Er sei klein genug und verfüge bekannterweise über eine sehr schlanke Administration mit entsprechend schmalen juristischen Schultern, was aus Sicht der beschwerdeführenden Krankenkassen strategisch sicher als Vorteil eingeschätzt worden sei, analysiert er.

«Eingriff in Souveränität des Kantons»

«Ich vertraue der Einschätzung des Regierungsrates Meier,

dass keine formellen Fehler in der Spitalplanung vorliegen und eine juristische Beschwerde somit auch keine Chance haben wird. Was mich aber schlicht entsetzt, ist die Tatsache, dass mit diesem Schritt versucht wird, in die politische Souveränität eines Kantons einzugreifen», schreibt Chaix weiter.

Dabei würden Argumente wie Qualitätssicherung und finanzielle Effektivität ins Feld geführt. Dass die Krankenkassen von keiner Instanz auf Effizienz, Qualität und mögliche Redundanzen unter die Lupe genommen würden, sei in die-

sem Zusammenhang geradezu ironisch.

«Wenn dieser Schritt von Erfolg gekrönt würde, was ich nicht hoffe, dann wäre ein gefährlicher Schritt weiter in Richtung des Krankenkassendiktats getan, frei nach dem Motto «wer zahlt befiehlt», interpretiert er die Situation.

Dieses Motto lasse aber ausser Acht, dass die Prämienzahler schliesslich die Zahlenden seien. Ein grosser Teil dieser Zahlenden gehöre zum Stimmvolk, welche sie als Politiker wählten mit dem Auftrag, nach bestem Wissen und Gewissen auch unsere Gesundheitspolitik zu bestimmen.

«Wir können somit als Politiker über den Weg streiten, das ist Teil der Sache, aber uns von der Dienstleistersparte, was die Krankenkassen letztlich sind, diesen vorschreiben zu lassen, ist undemokratisch und das letzte, was ich als Vorgabe im Gesundheitsbereich haben möchte.»

«Gefährlicher Präzedenzfall»

Leider sei zu befürchten, dass diese Führung zunehmend von den Krankenkassen gesucht werde, was er schon in seiner Arbeit als niedergelassener Grundversorger im ambulanten Bereich immer wieder erlebe. Obwohl er bekannterweise gerade in der Spitalplanung nicht immer gleicher Meinung wie die Regierung sei, so hoffe er sehr, dass sie sich erfolgreich gegen diese Beschwerde wehren könne. Käme der Krankenkassenverband Prio Swiss damit durch, wäre dies ein für unsere Gesundheitspolitik gefährlicher Präzedenzfall.